

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Anzeiger Nachrichten) — (Niederwalder Zeitung)

Anzeigen
für die einseitige Kolonialzeitung
oder deren Raum 45 Bsp.
Reklamen 100 Bsp.

Bezugspreis
monatlich 130 Bsp., mit Bringeren
150 Bsp. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 4.50 Mk.
auschl. Postgeb.

Erscheint: Dienstags,
Donnerstags, Samstags
(Druck und Verlag)

Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Wilhelm Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 584.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 584

Nr. 32.

Dienstag, den 16. März 1920.

28. Jahrgang

Das Gebot der Stunde.

Die Entwicklung der Dinge, zu der der Putsch der Döberitzer Truppen und die ihm folgende Einsetzung einer Gegenregierung Kapp in Berlin den Anstoß gab, stellt die politische und wirtschaftliche Lage des Reiches vor eine Belastungsprobe, wie sie schwerer nicht gedacht werden kann. Noch ist es unmöglich, aus der Fülle einander widersprechenden Nachrichten ein klares Bild zu gewinnen, ob der Berliner Putsch auch im Reichsgebiet hier oder dort Unterstützung gefunden hat. Soviel scheint festzustellen: daß, von einzelnen Orten abgesehen, an dem sich die militärischen Befehlshaber den Berliner Machthabern zur Verfügung gestellt haben, der Militärputsch im wesentlichen auf Berlin beschränkt geblieben ist. Ueberall im Reich hat der Abwehrkampf der Verfassungstruppen, in dem die Arbeiterschaft in erster Reihe steht, gegen die Staatsfeinde eingesetzt. Der Generalstreik — die juristische Waffe — hat das Wirtschaftsleben zweifelhafte Wunde — hat eingesetzt und breitet sich über das ganze Reichsgebiet aus. Es kann mehr als zweifelhaft erscheinen, ob die Berliner Machthaber dieser Waffe gegenüber einen länger als wenige Tage dauernden Widerstand entgegenzusetzen können. Wie die Dinge in Berlin selbst stehen, ist nach der Fülle der Meldungen, die von dort ziemlich übereinstimmend berichten, einigermaßen sicher: die militärischen Machtmittel, die den neuen Machthabern zur Verfügung stehen scheinen begrenzt zu sein. Der Gegenstoß, der auch in Berlin selbst in einem mit äußerster Schärfe geführten Generalstreik wirksam zu werden beginnt, stellt die neuen Kappisten vor unüberwindliche Aufgaben.

Wie lange die Berliner Machthaber sich zu halten vermögen, ist zweifelhaft. Nur eines ist sicher: daß der Staatsstreich das Reich in schwerste Gefahren gestürzt hat selbst wenn das Regiment der Berliner Putschisten nicht weitergreifen und, wie anzunehmen ist, ein rasches Ende finden sollte. Sie sollen hier nicht im einzelnen aufgezählt werden. Der Blick auf sie allein hätte den Staatsfeinden ihr Unternehmen als verbrecherisch von vornherein verurteilen müssen. Die Reichsverfassung sichert auch denen, die mit der bisherigen Politik der verfassungsmäßigen Regierung, gegen die Koalition, auf die sie sich stützt, nicht in allen Fällen zusammengehen konnten, die Möglichkeit, auf legalem Wege ihre abweichende Stellung zum Ausdruck zu bringen. Sie gibt jedem deutschen Bürger in dem Wahlrecht die Möglichkeit, für seine Überzeugung einzutreten und seine Stimme in die Waagschale zu werfen. Jeder andere Weg, gewaltsam zur Macht zu kommen, ist ein Bruch der Verfassung, ein Schlag gegen das oberste Prinzip der Demokratie und verdient so schon aus grundsätzlichen Erwägungen heraus die schärfste Verurteilung. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß der Schlag, den die Berliner Staatsstreichler gegen die Verfassung und, vermöge der möglichen Auswirkungen, gegen das Leben des deutschen Volkes geführt haben, um so entschiedener zu verurteilen ist, als er in einem Augenblick geführt wird, in dem die ersten Zeichen auf eine Konsolidierung der Verhältnisse im Innern, ein Erwachen der Vernunft auch bei den Gegnern und damit auf ein langsames Wiedererstehen hoffen lassen konnte.

Die Erkenntnis, daß nur treuestes Festhalten an der Verfassung dem darniederliegenden deutschen Volke den Weg nach oben weisen kann, daß Gewalt von der äußersten Not ebenso scharf abzulehnen ist wie von der äußersten Einsicht in Gemeingut aller Einsichtigen in allen Lagern. Sie in die Tat umzusetzen, den Gefahren, die die weitere Entwicklung der Dinge im Gefolge haben kann, ruhigen Blutes entgegenzutreten und Besonnenheit zu wahren, erweist sich als Gebot der Stunde, wenn nicht das Schicksal über Deutschland hereinbrechen soll: ein Bürgerkrieg, der die Reime zum Wiederaufstieg aus tieferer Not in seinen Schreden auf unabsehbare Zeiten niederzulegen müßte.

Der Berliner Putsch

Berlin, 15. März.

Die Situation ändert sich von Stunde zu Stunde. Angeht die Lage so, daß alle Bemühungen, ein halbwegs der heutigen Lage entsprechendes Kabinett zu bilden, als gescheitert anzusehen sind. Es bleibt zurück, daß das Dreimännerkollegium Kapp, Regierungspräsident Wirth und Jagow die Diktatur ausüben. Der sozialistische Parteivorstand ist aus der mehrheitlichen Partei ausgeschlossen worden und will sich alten Regierung und der „Regierung“ Kapp herbeizuführen. Diese Bemühungen scheitern jedoch nach Lage der Dinge ausnahmslos zu sein. Der Generalstreik der Eisenbahnen ist unabwendbar. Die Eisen-

vahnen haben durch Minister Tieser mit der Regierung verhandelt und wollten ursprünglich von dem Streik absehen, wenn auch ihre zweite Bedingung, daß Kapp und Jagow nicht in das Kabinett eintreten, durchdringen sollte. Da diese Forderung abgelehnt wurde und die Verhandlungen also ergebnislos verlaufen sind, werden unzweifelhaft die Eisenbahnen mit dem Generalstreik antworten.

In allen Berliner Krankenhäusern ist das gesamte Heizer-, Wärter- und Küchenpersonal in den Streik getreten, so daß es nicht möglich ist, den Betrieb der Krankenhäuser aufrecht zu erhalten. Auch das Rettungswesen Großberlins ist fast in Mitleidenschaft gezogen. Die vielen operationsbedürftigen Kranken konnten nicht in die Lazarette befördert werden.

Neuerlich scheint der Staatsstreich politisch gelungen, aber nur äußerlich. Unter dem leicht gezogenen Reg der neuen Machthaber arbeitete unauffällig das Werk des Widerstandes. Flugblätter gehen von Hand zu Hand, in denen erprobte Führer der Gewerkschaften, Legien und Aufhäuser usw. die Arbeiter und Angehörten der neuen Machthaber anrufen. Daß sie gelesen werden, ist bereits eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Männer der neuen Gewalt. Ueberhaupt kann man heute nur die schärferen Chancen beurteilen, die sich für und wider den Umsturz ergeben. Die Nachrichten überfließen sich, lassen sich schwer auf ihre Glaubhaftigkeit prüfen und die Meinungen sind geteilt, daß man glauben könnte, es müßte zu einem Messerkampf Mann gegen Mann kommen. Die Proklamationen der neuen „Regierung“ werden mit feiner Ruhe aufgenommen und lediglich auf ihre Undurchführbarkeit geprüft. Vorläufig herrscht der Generalstreik. Daß die Regierung Kapp mit der Unterdrückung des Generalstreiks nicht und fällt, erscheint außer Zweifel, denn wenn nicht binnen kürzester Frist die Arbeit wieder aufgenommen wird, müssen Hungerrevolten unausbleiblich sein, die unweigerlich den Bürgerkrieg zur Folge haben müssen.

General v. Lüttich beauftragte den Kommandanten der Sicherheitspolizei, Oberst v. Schönschlag, und den Obersten Khrenk vom Kommando der Sicherheitspolizei, den Polizeipräsidenten zu bitten, auf seinem Posten zu verbleiben, damit seine neuen Untertanen nicht durch das gleiche Geschehen hat der Geheimrat Dohr, der zum Untersuchungssekretär ernannt worden ist, an die Behörden gerichtet. Der Polizeipräsident Ernst erwiderte, daß er im Interesse des Vaterlandes vorläufig auf seinem Posten ausharren wolle und alles tun werde was in seiner Kraft liege, um den Bürgerkrieg und damit neues Blutvergießen zu vermeiden. Eine endgültige Antwort könne er erst nach Rücksprache mit seinen Parteifreunden geben.

Der Reichswehrminister Frhr. v. Lüttich erläßt folgende zwei Verordnungen: Ich übernehme persönlich die ausübende Gewalt für Berlin und die Mark Brandenburg. Alle vom Reichswehrminister Roske auf Grund der Verfügung des Reichspräsidenten vom 13. Januar erlassenen Verfügungen bleiben in Kraft. Der Reichswehrminister Frhr. v. Lüttich.

Unterredung mit Ebert und Müller.

Reichspräsident Ebert gewährte Zeitungsvertretern in Dresden eine Unterredung und führte über die Berliner Vorgänge folgendes aus:

Am Dienstag voriger Woche fand eine Besprechung zwischen dem General Lüttich, Reichswehrminister Roske, mir und einigen anderen Generälen statt. Dabei wurden uns die Forderungen vorgelegt, die jetzt bekannt geworden sind. Wir haben dem General v. Lüttich die inner- und außerpolitischen Gesichtspunkte auseinandergesetzt, die dagegen sprechen. Auch seine militärischen Wünsche wurden durchgesprochen. Auf alle bedenklichen Folgen eines etwaigen gewaltsamen Vorgehens wurde General von Lüttich deutlich hingewiesen. Trotzdem führte er seinen Plan mit Kapp zusammen durch. Als wir davon Nachricht erhielten, sandten wir zwei Generäle, Oden und von Oldershausen, nach Döberitz hinaus, die die Truppenführer der Division Ehrhardt auf die ganze Schwere der Lage hinwiesen. Aber vergebens. In Form eines Ultimatums hat General von Lüttich seine Forderungen am Freitag wiederholt. Sie wurden abgelehnt. Das Weitere ist bekannt. Wir stehen mit allen Landesregierungen in Verbindung. Sie haben uns erklärt, daß sie auf den Boden der Reichsverfassung stehen bleiben und nur unsere Regierung anerkennen. Wir haben außerdem bereits aus zahlreichen Bezirken Deutschlands, namentlich aus dem Westen, Nachrichten, daß das Volk treu zu uns steht. Die neue Regierung hat uns schon ein Angebot gemacht, mit ihr zu verhandeln. Wir haben glatt abgelehnt. Die Berliner Regierung schlug Verhandlungen wegen Neubildung der Regierung vor. Das Angebot

wurde ganz allgemein gehalten. Man kann mit den Berlinern überhaupt nicht verhandeln, weil sie nicht Funktionäre von Parteigruppen sind, sondern Männer, die sich mit Hilfe einiger Generale vorübergehend der Gewalt bemächtigt haben. Niemand steht hinter ihnen. Ich bemerke noch, daß die Reichsregierung schon vorher beschloffen hatte, Sachleute zu Reichsministern zu berufen. Wir waren ganz ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit mit Geheimrat Cuno, dem Direktor der Dapag, in Verbindung getreten. Nur seine sachliche Tätigkeit kam für uns in Frage und hat uns bewogen, ihn in Aussicht zu nehmen. Die Verhandlungen mit ihm sind heute neu aufgenommen worden. Die Nationalversammlung ist in Abänderung des ursprünglichen Beschlusses zum Mittwoch 4 Uhr nachmittags nach Stuttgart einberufen worden. Unsere Auffassung von der Lage ist: Unser ganzes Volk sollte zusammensetzen unter der einen Parole: Schutz der Reichsverfassung, Schutz der Nationalversammlung!

Der Minister des Auswärtigen Müller ergänzte diese Mitteilung noch wie folgt:

Die Marinebrigade Ehrhardt in Döberitz mußte auf Grund des Friedensvertrages aufgelöst werden. Ein Teil der Mannschaften sollte übernommen werden in die neue Marine, der andere dagegen sollte entlassen werden. Das hat gerade diese Brigade veranlaßt gegen die Regierung Stellung zu nehmen. Sie ist in Verbindung getreten mit Kapp, weil bekannt war, daß er das Zentrum der Exzentriker war. Die Bewegung ist ausgelöst worden, als die Exzentriker gegen Kapp und Papst erhoben wurden. Es wurde ein Ultimatum gestellt, daß vier Ministerien mit Reichsministern besetzt würden, und zwar das Reichswirtschaftsministerium, das Eisenbahnministerium, das preussische Landwirtschaftsministerium und das Ministerium des Auswärtigen. Jegendliche Vorschläge, mit wem diese Ministerposten besetzt werden sollten, wurden nicht gemacht. Das Ultimatum wurde sofort abgelehnt. Wir entschlossen uns, den Sitz der Regierung zu verlegen, da die anrückenden Truppen stärker waren als die in Berlin zur Verfügung stehenden Bataillone und da man unnützes Blutvergießen vermeiden wollte, nachdem so viel Blut in den letzten Jahren geflossen ist. Alle einzelstaatlichen Regierungen erkennen uns an und lehnen die sogenannte Berliner Regierung ab.

Die Reichsregierung hat sich von Dresden nach Stuttgart begeben, um beim Zusammentritt der Nationalversammlung zugegen zu sein.

Unruhen.

In Kiel ist es zu blutigen Unruhen gekommen. Die Arbeiter der Schiffswerften haben der Reichs- und Sicherheitswehr Widerstand geleistet. Es werden Verluste an Verwundeten und Toten gemeldet. In Hamburg ist die Lage noch unklar.

Die in Kiel liegenden Marinekräfte haben sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt.

In Leipzig ist es zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Nach Schluß der Arbeiter-Versammlungen zogen die Teilnehmer in losen Zügen dem Innern der Stadt zu, wobei es an verschiedenen Stellen zu blutigen Zusammenstößen kam mit den alarmierten freiwilligen Regimentern. Am Promenadering in der Nähe des Hauptbahnhofes wurden acht Personen durch Gewerkschaftsgetöte. Die Straßenbahn hat den Betrieb eingestellt.

Schlesien unabhängig.

In einer Versammlung der Vertreter der Behörden und der Führer aller politischen Parteien und Gewerkschaften Breslaus wurde festgestellt, daß sich noch kein Anzeichen dafür ergeben hätte, wonach das in Breslau liegende Militär in irgendwelcher Verbindung mit den Berliner Verschwörern stehe. Die Offiziere des General-Kommandos gaben eine Erklärung ab, daß die Reichswehr auf dem Boden der Verfassung stehe und den in Schlesien eingesetzten verfassungsmäßigen Gewalten gehorche. Die Versammlung beschloß, daß in einer Rundgebung erklärt werden soll, daß die Provinz mit Ausnahme des Abstimmungsgebietes sich solange als unabhängig von Berlin betrachte, als die verfassungsmäßige Regierung nicht in der Lage ist, ihre Gewalt auszuüben. Es wurde ferner ein Regierungsausschuß von der Versammlung eingesetzt. Die Aulok-Brigade ist in Breslau eingetroffen.

Die Wahlen zum Reichstag.

Gutem Vernehmen nach ist infolge eines Schrittes der Reichsparteien von maßgebender Seite beabsichtigt, die Wahlen zum Reichstag innerhalb der nächsten 60 Tage vornehmen zu lassen.

Putsch und Valuta.

Die vergangene Woche einsetzende erfreuliche Besserung unserer deutschen Valuta wurde durch den Berliner

Puffsch sah unterbrochen und mit einem Schling vernichtet. In Zürich lie die Mark von annähernd 8 auf 6½ und aus dem gesamten Ausland liefen Nachrichten ein von großem Angebot in Markt.

Die Lage in Bayern.

Das Gesamtministerium erläßt folgenden Aufruf an das bayerische Volk: In Berlin verfuhen einzelne Truppenkörper die durch den freien Willen des deutschen Volkes eingesetzte Reichsregierung und gewählte Nationalversammlung mit Waffengewalt zu befechtigen. Ein solches Treiben muß in einem Augenblick, in dem unser deutsches Vaterland durch Arbeit und wiedererlangenes Vertrauen sich wirtschaftlich zu erholen beginnt, zum Kampf aller gegen alle und schließlich zum Untergang Deutschlands führen. Nur ein Wahnsinniger kann glauben, daß neuerliche Putsch von irgend einer Seite den Wiederaufstieg und die Gesundung unseres schwerleidenden Volkes herbeiführen können. Wir in Bayern halten fest an der vom Volke selbst geschaffenen Verfassung. Auf ihrem Boden allein können die politischen Kämpfe ohne neuerliche schwere Erschütterung unseres Vaterlandes zum Austrag gebracht werden. Wir rufen in diesem Augenblick unser gesamtes bayerisches Volk unter Zurückstellung aller Trennenden auf, mit aller Entschiedenheit geschlossen gegen ein Ubergreifen der in Berlin unternommenen Versuche auch auf Bayern sich zu wenden und einmütig sich auf den Boden der Reichs- und Landesverfassung zu stellen. Regierung, Landtag und das bayerische Reichwehrtuppenkommando sind mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entschlossen unserem bayerischen Volke Ruhe und Ordnung zu erhalten. Nur Arbeitsniederlegung besteht in Bayern kein Anlaß. Anordnungen neuer Zoll- und militärischer Gewalt haben in Berlin und in Bayern nicht zu befolgen. Die bayerische Staatsregierung handelt in Uebereinstimmung mit den anderen süddeutschen Regierungen.

Die übrigen süddeutschen Regierungen veröffentlichen ähnliche Aufrufe.

Zuspätkung in München.

In München hat sich die Lage ebenfalls bedrohlich zugespitzt. In einer Versammlung der Offiziere wurde die Militärdiktatur gefordert. Reichwehrtuppenkommandeur Moschl erklärte der Regierung, daß er nach dem Verlauf der Offiziersversammlung und angesichts der Haltung der Zeitfreiwilligen für die Zuverlässigkeit der Reichswehr nicht mehr bürgen könne. Der Ministerpräsident übertrug unter dem Druck der Verhältnisse General Moßl das Mandat eines Staatskommissars für Oberbayern, womit die völkische Gewalt, wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich an den Reichwehrtuppenkommandeur übergegangen ist. Damit ist gleichzeitig die Regierungstätigkeit ausgedehnt. Unter dem Eindruck dieser Vorgänge beschloßen die freien Gewerkschaften den Generalstreik für alle lebenswichtigen und nichtlebenswichtigen Betriebe. Die christlichen Gewerkschaften sind noch zu keiner endgültigen Stellungnahme gekommen.

Neue Regierung in Gera.

Die bisherige Regierung ist zurückgetreten. Die völkische Gewalt ist vorläufig an den Garnisonältesten übergegangen. Zum Zivilkommissar ist Hofmannrat Dr. von Eberbach ernannt worden, der eine vorläufige neue Regierung bilden soll. Sämtliche öffentlichen Gebäude sind von Reichswehr besetzt. Die Sozialdemokraten haben den Generalstreik proklamiert.

Kapp für die Republik.

Reichskanzler Kapp sagte heute vor Pressevertretern sein Programm in den Hauptzügen aus und sagte u. a.: Die neue Regierung sei der Ansicht, daß die Republik eine Tatsache sei, mit der sich Deutschland abfinden müsse. Die Regierung sei der Ueberzeugung, daß nur die schnellste Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen ein ruhiges Weiterarbeiten ermögliche. Sie sei daher entschlossen, so rasch wie möglich neue Wahlen vorzunehmen zu lassen.

Wie von Seiten der Regierung Kapp erklärt wird, haben sich die beiden Rechtspartien, ohne sich mit der Regierung zu identifizieren, bereit erklärt, die neue Regierung zu unterstützen. Wie weiter gemeldet wird, ist die Regierung Kapp entschlossen, dem bereits bestehenden

Generalstreik mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten. Die technische Posthilfe ist sofort eingestellt worden, um zunächst die dringend notwendige Versorgung mit Wasser wieder in Gang zu bringen.

Wie von Berliner Regierungsseite bekanntgegeben wird, haben sich die Bergarbeiterverbände Befehlens bereit erklärt, der neuen Regierung gegenüber eine neutrale Stellung einzunehmen, aber drei Bedingungen gestellt: Aufrechterhaltung des Betriebsstrategiegesetzes in seiner jetzigen Form, Aufrechterhaltung der Republik und Garantie der 4-stündigen Arbeiterrechte. Die Regierung, die vollständig auf dem Boden der Verfassung steht, sei bereit diese Bedingungen anzunehmen.

Heute ruht der Straßenbahnbetrieb vollkommen. Auch die Hochbahn hat aus den Hauptstraßen den Verkehr einstellen müssen. Der Stadtbahnverkehr ist vom Generalstreik nicht betroffen. Gas- und Elektrizitätswerke arbeiten nicht.

Schulhaft.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß alle Schulhaftmaßnahmen aufgehoben worden sind. Prinz Joachim verbleibt jedoch weiter in Schulhaft. Weiterhin wird erklärt, die neue Regierung beabsichtige nicht, irgend eine Zensur über Zeitungen auszusprechen.

Aus der ausländischen Presse.

„Allgemeine Handelsblatt“ schreibt zu der Umwälzung in Deutschland: Was sich während der Nacht 12-13 wenigen Stunden abgespielt hat, ist von so gewaltiger Bedeutung, nicht allein für Deutschland, sondern auch für die gesamte Welt, daß man ihre Folgen nicht übersehen kann. „Tid“ befürchtet einen gewaltigen Ausbruch der Parteileidenenschaften und den Bürgerkrieg in Deutschland.

Eine Richtigstellung.

(Meldung der alten Regierung.)

Stuttgart, 15. März. Die putschistische Regierung in Berlin versucht allenthalben in Deutschland den Glauben zu erwecken, daß die verfassungsmäßige Reichsregierung mit ihr in Verbindung stehe, und daß General Märker als Unterhändler bestimmt worden sei. Das ist unwar. Die verfassungsmäßige Reichsregierung lehnt jede Verhandlung mit den Putschisten in Berlin ab, weil sie es vor dem Volke nicht verantworten kann und der Ueberzeugung ist, daß jede Verhandlung Mißtrauen und Verwirrung im Volke auslösen würde. Das Unternehmen in Berlin fällt ohnedies in sich zusammen. Verhandlungen würden die Unruhe in sich verlängern. Deutschland hat nur eine Regierung, das ist die vom Volke verfassungsmäßig gebildete, die von Stuttgart aus die Regierung führt.

Das Reichskabinet ist heute nachmittag 4 Uhr in Stuttgart in Anwesenheit des Reichspräsidenten Ebert, des Reichskanzlers Bauer, des Präsidenten und Vizepräsidenten der Nationalversammlung und unter Beteiligung der Württembergischen Staatsregierung zu einer Sitzung zusammengetreten. Es bestand volle Uebereinstimmung darin, daß die Nationalversammlung am Mittwoch nachmittag 4 Uhr im Kunstgebäude in Stuttgart zusammentreten soll. Mit den Staatsstreikern werden keinerlei Verhandlungen gepflogen werden, die verfassungsmäßige Reichsregierung fordert vielmehr die bedingungslose Abdankung von Kapp und Genossen.

Zusammenstöße in Berlin.

Berlin, 15. März. An verschiedenen Stellen Berlins kam es im Laufe des Nachmittags zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Reichswehr-

truppen, so am Potsdamer Platz, in der Invalidenstraße sowie in Steglitz und Charlottenburg. Hierbei wurden mehrere Personen oder Reichswehrleute getötet oder verwundet.

Die Regierung gegen den Generalstreik.

Kassel, 15. März. Dem Reichwehrtuppenkommando Nr. 11 ist es gelungen, eine Fernsprecheinrichtung mit der alten Regierung in Stuttgart 15. März um 3 Uhr nachmittags herzustellen. Die Regierung hat erklärt, daß der Aufruf zum Generalstreik den sozialistischen Mitgliedern nicht bekannt und ihnen nicht unterzeichnet worden ist. Die alte Regierung ersucht um sofortiges Aufhören aller Streiks und zur sofortigen Rückkehr zur Arbeit auf.

Kriegsrat in Mainz.

Mainz, 15. März. Marschall Foch prüfte heute einen Kriegsrat der Kommandanten der Besatzungstruppen am Rhein.

Pariser Stimmen.

Havas meldet: Die Presse kommentiert den einen Staatsstreik und ist einstimmig der Ansicht, daß eine frische Durchführung des Friedensvertrages nicht werden muß. Sie hebt hervor, daß die augenblicklichen Ereignisse der beste Beweis für den französischen Thesen sind. Die Presse besteht daher der Notwendigkeit einen Blick um die Regierung bilden. Der „Matin“ zweifelt nicht, daß die Franzosen mit derjenigen der anderen Entente identisch sein wird. Der gleichen Ansicht sind die anderen Organe, besonders der „Petit Parisien“. Er sagt, wir die Achtung vor dem Friedensvertrag in seinen großen Größten erhalten müssen und nicht dulden, daß Deutschland auch nur den kleinsten Unterschied zwischen den verschiedenen Klauseln macht. Das „Matin“ rät, daß wir allen Eventualitäten gegenüber wappnet sein müssen. Das „Echo de Paris“ weist Marschall Foch im Laufe einer kürzeren Unterredung mit Andre Lefebvre gesagt hat, daß er einen strikten militärischen Partei in Berlin in aller Kürze vor sich sieht und daher die Truppen der besetzten Rheinlande Kampfbereitschaft gesetzt habe. Andererseits verurteilt „Le Devoir“ den Text eines kriegsministeriellen Schreibens an sämtliche Armeekommandeure, die die Notwendigkeit einer Zurückbehaltung der Klaffen, um der Fahnen erklärt und im Entlassungsstermin Falle keinerlei schwerwiegende Ereignisse eintreten. Periode vom 1. bis 15. Juni festsetzt. Nach dem „de Paris“ sind sich die französischen und englischen Regierungen über den Staatsstreik in Berlin und möglichen Folgen einig und man spricht von der Notwendigkeit einer vollständigen Abklärung Deutschlands die niemals dringender ergriffen wäre. Mitterand in Paris bleiben, die direkt an der Sache beteiligten werden sich nach London begeben, um dort Lloyd George zu beraten.

Einer der Mitarbeiter der „Liberte“ hat den Tausch, einen der bedeutendsten Vertreter des im Parlament, gebeten, seine Eindrücke über die Ereignisse in Berlin bekanntzugeben. Das läßt alles viele Eindrücke bei mir zurück, antwortete der. Die neue Regierung wird sicherlich nicht bleiben, zur gegenwärtigen Stunde läßt sich in Deutschland Militärdiktatur mehr aufstellen und zwar nur aus einem Grunde, weil das Volk den Frieden will. Wenn diese gewisse Rasse wieder zur Macht käme, glaubt der General, daß keinerlei Grund zur Unruhe vorliegt. Eine Rückkehr Wilhelms 2. ins Auge zu fassen. Sollte ein Mitglied seiner wieder auf den Thron kommen, oder das einer anderen Familie, es könnte uns als ich bleiben.

Jolanda und Salomea.

Roman von Erich Friesen.

46. Fortsetzung.

„Ich klagte meinem Bruder mein Leid. Wir hatten niemals viel Sympathien für einander; aber in dringlichen Fällen war es meine Gewohnheit, mich an ihn zu wenden, wenn ich mir keinen Rat suchte. . . . Er hörte mich ruhig an. Dann sagte er langsam, jede Silbe betont: „Bist du die ganze Angelegenheit mir überlassen, Umberto?“

Ich verstand ihn zuerst nicht.

„Ich meine, ob du zufrieden bist, wenn ich Geld herbeischaffe, auf welche Weise es auch sein mag? Keine kleine Frau auf Madetra — sie weiß nichts von dem Testament.“

„Bernardo!“ rief ich entsetzt. „Du wolltest —“

„Ich will Geld schaffen, damit unser Geschäft wieder floriert und — damit deine Claudia wieder gesund wird! Du nimmst den letzten Rest von Geld aus unserer Kasse und schaffst deine Frau fort; ich Sorge dafür, daß in kurzer Zeit die Kasse wieder voll ist — überbüll!“

Ich erbeble. Der Schlang hatte meinen wunden Punkt getroffen. Claudia! Meine Claudia — wieder gesund! Bernardo lachte, als er mein Schwanken sah — ein häßliches, diabolisches Lachen, das mir durch und durch ging.

„Damit dich nicht etwa — Geistesblitze oder sonstige moralische Anwandlungen quälen, will ich dir nur sagen, daß jene kleine Frau auf Madetra von mir abgefunden werden soll.“ fuhr er saturnisch fort. „Sie wird keine Not leiden.“

„Aber das Testament! Das Testament!“ warf ich ein.

„Bah! Sie weiß nichts davon und braucht auch nichts zu wissen.“

„Noch kurze Zeit zögerte ich. Noch lebte in mir die alte Ehrenhaftigkeit, der Abscheu vor der Sünde. Ich erzitterte bei dem Gedanken an ein Verbrechen, das ich begehen könnte.“

„Stopp du mir Kommando, zu dir, was ich in der Sache für das Nützliche halte!“ drängte mein Bruder. „Du brauchst gar nichts damit zu tun zu haben; ich besorge alles. Nur Antwort will ich: Ja oder — nein! Denke an Claudia!“

„Und ich — ich sagte: „Ja!“ rings es sich schnell von den Lippen des alten Mannes im Lebenshauch.“

Totenstille. Keine der beiden atemlos lauschenden Frauen rührte sich. Die Tragik des Augenblicks hält sie völlig in ihrem Bann.

Auf den Marsche läßt das Bekenntnis seines Vorgehens eine ganz eigentümliche Wirkung aus. Er hat seine zusammengekauften Gestalt etwas aufgerichtet; sein Blick wird lebhafter. Es ist, als ob jedes Wort, das er sich von der Seele wegspricht, ihn kräftige, ihn dem Leben wieder zurückgebe.

„Der Rest meiner Geschichte ist rasch erzählt“, fährt er schneller, hastiger fort. „Es wurde alles so, wie mein Bruder vorausgesagt. Meine Claudia genas, unser Bankgeschäft florierete. Welche Mittel er angewandt — ich weiß es jetzt noch nicht. Ich scheute mich, direkt zu fragen, und so wich jedes Anspielung geschickt aus. Aber von jener Zeit ab überfiel mich stets ein gewisses Grauen, wenn ich mit meinem Bruder zusammen war, und ich annahm, als er vorschlug, er wolle nach Brasilien gehen und eine Filiale unseres Bankhauses in Rio de Janeiro gründen. Doch auch dann fand ich keine Gewissensruhe. Meine Claudia, um deretwillen ich zum Verbrecher geworden, starb nach wenigen Jahren — ich erblickte darin eine Strafe Gottes. Meine Gewissensqualen wuchsen und wuchsen — besonders, in letzter Zeit, seit ich weiß, daß das Kind der von uns benachteiligten Frau in dürftigen Verhältnissen hier im Rom lebt. Endlich hatte ich mich aufgegeben: Bernardo wollte das Unrecht, was er damals begangen, wieder gut machen. Zu spät. Auch ihn muß die Angst gepackt haben vor dem Entschlossenen, was er getan. Er verschwand. Wo er ist, weiß ich bis heute nicht. An mir liegt es jetzt, zu büßen für uns beide — an mir allein!“

Tief ernst, feierlich schließt der alte Mann sein Bekenntnis. Die Augen sind auf Salomea gerichtet, wartet er auf sein Verdammungsurteil.

Langsam steht Salomea auf. Und auch der Marsche hat sich aus seinem Leben erhoben.

„Aug“ in Auge stehen die beiden einander gegenüber. Der alte Mann bemerkt, zaghaft, daß weiße Haare gediegen die junge Frau stolz, hochangesehen, mit stammenden Blicken.

„Salomea!“ zittert es von seinen Lippen. „Salomea, kamst du mir — verzeihen?“

Sie schweigt. Ihre Augen sprühen.

Noch tiefer senkt er das weiße Haupt.

„Du hast recht, mich zu verdammen“, hauchte er verfallenden Stimme, „ich habe zu viel Unglück über mich und deine arme Mutter gebracht. Ich verdiene kein Entsetzen.“

Mit einem zitternden Senker, der wie ein Schwere klingt, sinkt er in den Sessel zurück — totenbleich, am Boden seines Lebens bebend vor namenloser Erregung.

„Vater! Vater!“ schreit Jolanda auf, die zusammengekauften Gestalt mit beiden Armen umfängend.

Salomea erbebt.

„Ist dieser arme, demütigende, todkrankte Greis vor ihr noch ihr ärgster Feind? Ihr Todfeind, dem Rache geschworen?“

Sie bedrückt das Antlitz mit den Händen. Ein jähliches Kampf tobt in ihrem Herzen.

Und plötzlich wagt sie zu dem leise Schluchzenden: „Mein — Bruder!“ rings es sich von ihren Lippen.

Tiefes Schweigen.

Totenstille.

Dann hebt der müde Greis langsam beide Arme in unfähig rührender Ausdruck breitet sich auf seine Brust. Die matten Augen blicken verklärt in das Holz, liebevoll zu ihm geneigte Frauenantlitz.

„Meine — Schwester, hab' Dank!“ flüsterte er. Umheraus glückselig. „Jetzt — kann ich — ruhig sterben.“

„Dank!“

O glorreiche Feterstunde, wo sich getrennte Herzen

...wird dann nach der Staatsverfassung...
...wird, wir fordern nur die Ausführung des Friedensver-
trages.

Militärische Pläne.

Marcel Guitin sagt im „Echo de Paris“, daß er zu wissen glaube, daß der Marshall Foch bei der Ab-
sprechung des Friedensvertrages, an der er teilnahm, be-
stimmte Vorschläge militärischer Art gemacht habe. Es
sei jetzt Sache der Militärs, zu verhindern, daß die Be-
wegung in Berlin eine Wendung nehme, die für die
Erhaltung des europäischen Friedens störend sein könnte.

Abstimmung in Nordschleswig. Großer Sieg in der zweiten Zone.

Der deutsche Ausschuss für das Herzogtum Schles-
wig teilt mit: Das vorläufige Abstimmungsergebnis in
der zweiten nordschleswigschen Zone brachte eine sechs-
bis siebenfache Stimmenmehrheit für Deutschland. Im
Landkreis Haderslev stimmten für Deutschland 6751, für
Dänemark 1421 Wahlberechtigte. In der Stadt Haders-
lev betrug die Stimmenzahl für Deutschland 27 058,
für Dänemark 8935.

Allerlei Nachrichten.

Deutsch-französischer Warenverkehr.

Im Bericht der Generaldirektion der französischen
Zollverwaltung erscheint seit 1914 erstmalig wieder
Deutschland. Der Wert der Waren, die Frankreich im
letzten Jahre in Deutschland kaufte, beläuft sich auf
890 696 000 Franken. Davon wurden gekauft im Be-
seitsgebiet für 206 894 000 Franken, im übrigen
Deutschland für 383 802 000 Franken. Frankreich ver-
kaufte an Deutschland für 1 283 968 000 Franken, wo-
von auf das Rheinland entfielen 973 218 000 Franken.
Es handelt sich um Baumwollgewebe, Seidenwaren,
Schmuck, Bekleidung, Kleider, Arzneien, Leder, Schu-
he, Wein und Kognak. An Kohlen wurden von Deutsch-
land eingeführt für 407 446 000 Franken.

Franreich und Wilson.

Aus Washington wird gemeldet: Von unterrichte-
ter Seite wird erklärt, daß die französische Regierung von
den Vereinigten Staaten Auffklärung verlangt hat: über
das Schreiben des Präsidenten Wilson an den Senator
Hittorf, in welchem Wilson Frankreich des Militarismus
beschuldigt.

Das Schelde-Abkommen.

Neuer erfährt aus guter Quelle, daß die belgisch-
holländische Delegation den Entwurf des Schelde-
abkommens in den nächsten Tagen abschließen werde. Das
Abkommen behandle die Schiffsahrtstrassen auf der Schelde
und werde voraussichtlich eine Klausel enthalten, welche
die vollständig freie Durchfahrt aller Schiffe mit Aus-
nahme der Kriegsschiffe auf der westlichen Schelde fest-
legt und zwar vom hohen Meer bis Antwerpen sowohl
für Kriegs- wie für Friedenszeiten.

Arbeiterdivision in der Mandschurei.

Oberst John Ward, Vertreter der Arbeiterpartei im
Parlament, der einer militärischen Mission in Sibirien
zugewiesen worden war, ergab in General Hartwachs ein
Telegramm, worin die Ankunft einer Arbeiterdivision in
der Mandschurei angekündigt wird, die in Sibirien
gebildet worden ist und 30 000 Mann zählt. Die er-
wartung noch beständig wachsenden einen Weg durch die
holländischen Truppen längs der transsibirischen Eisen-
bahn.

Kleine Chronik.

Drachlose Telephonie. Bei Proben mit drach-
loser Telephonie, die von der Firma Lorenz in Ber-
lin mit einem Vogenlampenverstärker vorgenommen wur-
den, wurde von einem Berliner Einwohner drach-
los telephonisch eine Mitteilung an seine Verwandten im
Saargebiet gegeben. Diese Mitteilung wurde im
Saargebiet empfangen, und zwar mittels einer sehr
einfachen Empfangseinrichtung. Der Empfang war so
gut, daß mit Hilfe eines einfachen Verstärkers das Spre-
chen der Personen in Berlin durch das ganze Zimmer
hörbar war. Einige Melodien die gespielt wurden,
klangen laut durch das Zimmer.

Die große Kanone. Der „Intransigent“ glaubt
zu wissen, daß die französische Regierung in Paris auf
eine neue Kanone ansetzen wird, deren Schußweite vier-
mal so groß sein soll wie die der alten Kanone. Die
Erfindung kann auch auf das Gewehr Anwendung
finden.

Kofales und Provinzielles.

Schierstein, den 16. März 1920.

Die Wahl der Elternbeiräte erfolgte
hier am Sonntag bei fast vollständiger Interessenlosigkeit.
Von 850 Wahlberechtigten wurden 57 Stimmen auf die
einzig aufgestellte „Liste Dieß“ abgegeben.

Die gestern im Sitzungssaal des Rathauses
stattgefundene Grundstücksversteigerung der
Geschwister Christian und Anna Schneider war von
Kaufinteressenten und Interessenten gut besucht. Hinsichtlich
der Kaufgebote war jedoch im Vergleich zu früheren
Versteigerungen eine bemerkenswerte Zurückhaltung zu
beobachten. Die erzielten Preise, die die Ortstage nur
unwesentlich überschritten, können diesmal als dem wirk-
lichen Werte entsprechend angesehen werden. Die Ver-
steigerer haben sich den Zuschlag für einige Tage vor-
behalten.

Eine schöne Familienfeier veranstaltete
der Männergesangsverein am Sonntag im Saale
des „Deutschen Kaiser“. Die Feier galt den Veteranen
des Vereins, die nunmehr eine 40 jährige Angehörigkeit
aufweisen können. Der Vorsitzende des Männergesangsvereins,
Herrn W. Frey, dankte ihnen für ihre dem Verein erwiesene
Treue und stellte die Herren als Vorbild hin, das er allen
Mitgliedern zur Nachahmung empfiehlt und überreichte ihnen

zum Schluß ein Diplom unter Ernennung zum Ehren-
mitglied des Vereins. Vor und nach der Ehrung wurden
einige auserwählte Lieder zum Vortrag gebracht, die mit
viel Beifall aufgenommen wurden. Mehrere Mitglieder
des befreundeten Wiesbadener Männergesangsvereins waren
erschienen, die durch ihre Solovorträge viel zur Verschönerung
der Feier beitrugen.

Ablieferung von Hafer. Sämtliche An-
bauer von Hafer werden nochmals aufgefordert, ihren Pflicht-
hafer (pro Morgen ½ Ztr.) an den Kommissär Schön-
berger sofort abzuliefern, da am 18. d. Mts. mit den Re-
visionen seitens der Kreisfornstelle begonnen wird.

Während einer Besprechung der Kreisfornmittel-
kommission im Kreishause zu Wiesbaden wurde auch die
Kartoffelversorgung des Kreises ange-
sprochen. Der Landrat versicherte, daß im Jahre 1920
für genügende Saatkartoffeln gesorgt sei. Was den
Preis der Kartoffeln im Herbst anbelange, so werde
darauf gedrungen, daß der Landwirt infolge der enormen
Teuerungsverhältnisse auf seine Kosten kommen müßte.
Vorläufig betrage der Erzeugerpreis pro Zentner 28 Mark
der nach oben oder unten, je nach den Verhältnissen
entsprechend ergänzt werde. Eine Kommission, die den
endgültigen Erzeugerpreis noch ergänzen werde, würde
aus Erzeugern und Verbrauchern noch gewählt. Der
Landwirt kann somit mit ruhigem Gewissen an den
Kartoffelanbau herangehen.

Postalisches. Die bisher im Paketverkehr mit
dem Freistaat Danzig bestehende Beschränkung, wonach die
Pakete nur auf Gefahr des Absenders angenommen werden,
kommt von jetzt ab wieder in Wegfall.

Verhaltensmaßregeln bei Grippe. Die
Grippe tritt in letzter Zeit wieder sehr stark auf und bi-
det fast überall das Tagesgespräch. Heute in den besten
Jahren, die den Krieg und die damit verbundene Unter-
ernährung verhältnismäßig gut überstanden haben, wer-
den jetzt plötzlich von der mässigen Krankheit befallen
und mancher kräftiger Mann wurde gerade in den leg-
ten Tagen ihr Opfer. Ein Abdruck aus dem Anfündi-
gungsblatt der Berliner medizinischen Gesellschaft und
des Vereins der freigeübten Rassenärzte in Berlin über
Verhaltensmaßregeln bei der Grippe kommt deshalb
recht gelegen und verdient die Aufmerksamkeit weitester
Kreise. Es heißt darin: „Die Grippe ist eine Infektions-
krankheit, bei der die Ansteckung zum Teil dadurch erfolgt,
daß die Krankheitserreger durch die Ausscheidungen der
Kranken beim Husten, Niesen und Sprechen in
Form von feinsten Tröpfchen verbreitet werden. Das
Krankheitsbild tritt in mannigfacher Form auf. Ent-
zündungen der Luftröhre, von leichten Katarrhen bis zur
schwersten Lungen- und Rippenfellentzündung, Herz-
schwäche, Entzündungen der Verdauungsorgane, des Re-
nalsystems, der Nieren usw., können dabei in den Vor-
tergrund treten. Da auch scheinbar leichte Formen, die
nur als „Erfältung“ angesehen werden, oft in wenigen
Tagen einen schweren, ja tödlichen Verlauf nehmen kön-
nen ist auch hierbei schon größte Vorsicht geboten! —
Bei dem immer wieder beobachtenden Ausbreiten von grö-
ßeren und kleineren Grippe-Epidemien sind daher fol-
gende Verhaltensmaßregeln zu beachten: 1. Auch bei
anscheinend leichten „Erfältungen“ ist sofort das Bett
zu hüten und die Temperatur zu messen. — 2. Sorge für
gründliches Schweißen durch trinken von heißen Flüssig-
keiten. — 3. Bei vorhandenem Fieber befrage
sofort den Arzt, denn nur dieser allein kann im Ent-
scheiden begriffene Komplikationen feststellen und zweckmä-
ßige Maßnahmen anordnen! — 4. Verlasse nicht zu früh
das Bett! Küchle und Nacharbeiten sind besonders
gefährlich!“

Schöne Zeiten für die Raucher hatten wir
in Deutschland vor dem Jahre 1909, da der Rohabab-
wertvoll eingeführt wurde. Eine rein überseeische Zi-
garre konnte man damals schon zum Ladenpreis von
fünf Pfg. haben. Die Entwicklung der Verhältnisse wäh-
rend des Krieges brachte die allmähliche starke Erhöhung
der Zigarrenpreise, die sich aus dem gewaltigen Steigen
der Rohababpreise, der Erhöhung der Löhne und aller
Materialien ergab. Auch nach Abschluß des Waffenstill-
standes nahm die Preissteigerung einen weiteren Fort-
gang: der Rohababvorrat ging zu Ende, sehr viele
Fabriken mußten monatelang schließen. Die Preise für den
deutschen Tabak stiegen auf das 10-12fache der Fried-
enspreise, die Löhne auf das Dreifache der Friedens-
löhne; dazu gesellte sich die allmähliche Verschlechterung
unserer Währung und besonders die Einführung des Gold-
zollens. Der letztere betrug angeblich nach allmäh-
lichen Steigerungen, entsprechend dem Fall der Währung,
das zehnfache der eigentlichen Zollsätze, der Wertzoll
demnach (40 vom Hundert mal 10 gleich 400 vom Hun-
dert) das Vierfache des Tabakwertes. Bleibt der
Stand der Währung weiter auch nur annähernd so un-
günstig wie jetzt, so wird der große Mehrzahl, nicht
nur der kleinen und mittleren, sondern auch der Groß-
fabrikanten die Möglichkeit entzogen, Rohabab aus dem
Auslande zu beziehen. Die Hoffnung, daß die zum
1. April 1920 zu erwartende Einführung der Banderole
eine gewisse Preisermäßigung gegenüber dem jetzigen
Stand mit sich bringen würde, wurde hinfällig. Für
die Beratung und Festsetzung der Banderole-Steuerfrage
hat der Nationalversammlung eine Berechnung vorgele-
gen, die infolge der inzwischen eingetretenen Verschlech-
terung der Verhältnisse durch Währung, Goldzoll, Erhöhung
der Arbeitslöhne und aller Geschäftsun-
kosten lange über den Haufen geworfen ist. Nach dieser
Berechnung kommt noch eine kleinere Zigarre aus Aus-
landstabil zum Ladenpreis von 50 Pfg. einschließlich
Banderole geliefert werden, wobei ein Kursstand von
600 und Goldzoll 253 zugrunde gelegt war. Dieselbe
Zigarre muß jetzt bei einem Kursstand von 2900, Gold-
zoll 900, 150 Pfg. einschließlich Banderole, gegen jetzt
1,20 Mk. ohne Banderole, bei einem Kursstand von
3000 und Goldzoll 1600, 270 Pfg. resp. 1,80 Mk. und
bei einem Kursstand von 4000 und Goldzoll 2300, 3,90
Mk. resp. 2,80 Mk. Eine solche Verteuerung wird einen
großen Teil der deutschen Raucher zwingen, von dem
gewohnten Genuß der Zigarre Abstand zu nehmen.

Wann lernen die Kinder gehen? Das früh-
zeitige Gehenlernen der Kinder muß nicht unbedingt mit
einer vorzüglichen Körperbeschaffenheit des kleinen Welt-
bürgers zusammenhängen. Manches nicht allzu kräftig
entwickelte Kind lernt sehr früh gehen, weil es sehr
leicht ist und die Beinchen keine große Last zu tragen
haben, während das Gegenteil bei einem kleinen Fett-
wams der Fall ist — womit wir keineswegs sagen
wollen, daß fette Kinder besonders gesunde Kinder
sein müssen! Uebrigens kommt viel darauf an, daß ein
Kind viel und oft zum Gehen angeleitet wird oder nicht.
Manche Mutter ist hierin offenbar zu eifrig und erzielt
nur, daß ihr Kindchen trumme Beinchen bekommt. Das
Kind läuft schon, wenn es irgend kann! Und liebe
Mutter, manches Menschenkind, das anfangs recht schwer
ließ, und ein ungeschickter Stolprian war, schritt später
besser durchs Leben und errang größere Erfolge als ein
kleiner starrer Kerl, der anfangs „wie spielend“ dahin-
trippelte. Es besteht also kein Grund zur Beunruhigung,
wenn das Kind nicht gleich das rechte Geschick beim
Gehen zeigen sollte. Man hat Geburten von 1220
Kindern beobachtet und gefunden, daß mit knapp elf
Monaten der sechste Teil von 1220 Kindern lief mit
reichlich einem Jahr das Drittel, mit etwa 14 Monaten
erst die Hälfte, mit 15 Monaten, also fünf Viertel Jahren,
zwei Drittel und mit knapp 18 Monaten (anderthalb
Jahren) fünf Sechstel der 1220 Kinder.

Kleine Anzeigen

werden nur nach vorheriger
Bezahlung angenommen.
Für telephonisch aufgenommene
Inferate wird keine Garantie
für den richtigen Wortlaut
übernommen.
Schiersteiner Zeitung.

Doberman-Hündin

entlaufen.
Abzugeben gegen Be-
lohnung bei H. Preußig.



Damen-Konfektion
Kleider-Stoffe
laufend Neu-Eingänge.
Wiesbaden, Schloß-Eck.

Theater-Spielplan.

Residenztheater in Wiesbaden.

Vom 17. bis 21. März 1920.
Mittwoch, abends 7 Uhr: „360 Frauen“.
Donnerstag, abends 7 Uhr: „Die Frau im Hermelin“.
Freitag, abends 7 Uhr: „Der fidele Bauer“.
Samstag, abends 7 Uhr: „Wiener Blut“.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Halbe Preise! „Schwarzwald-
mädel“. Abends 7 Uhr: „Wiener Blut“.

Öffentliche Bekanntmachungen.

Betr. Ausgabe von Brennstoffe.

Am Mittwoch, den 17. d. Mts., von 7 Uhr vorm.
ab werden auf Abschnitt 7 der Kohlenarte Brennstoffe
ausgegeben und zwar für die Inhaber der Kohlenarten
Nr. 1-300 je 1 Ztr. Braunkohlen-Briketts bei Ludw.
Lohn, Mittelstr.
Nr. 301-650 je 1 Ztr. Eisformbriketts bei Heinr. Weil-
bach, Zeilstr. 20.

Schierstein, den 16. März 1920.

Der com. Bürgermeister Kessels.

Bekanntmachung.

Die Kreisfornstelle hat mitgeteilt, daß am 15. d. Mts.
mit der Nachzahlung der erhöhten Getreidepreise begonnen
werden soll, jedoch müssen bis dahin die Ablieferungs-
schuldigkeiten vollständig erfüllt sein.

Auch diejenigen Landwirte, welche bis jetzt keinen Ein-
spruch gegen die Anforderung erhoben haben, werden an
die Erledigung erinnert.

Betr. Ablieferung von Hafer.

Sämtliche Anbauer von Hafer werden zum letzten
Male aufgefordert, ihren Pflichthafer (pro Morgen ½ Ztr.)
an den Kommissär Schönberger sofort abzuliefern, da
vom 18. d. Mts. mit den Revisionen seitens der Kreisforn-
stelle begonnen wird.

Betr. Das Einmieten von Kartoffeln.

Zur Erfassung der zur Ernährung der versorgungs-
berechtigten Bevölkerung nötigen Kartoffeln wird hiermit
für den Landkreis Wiesbaden folgendes bestimmt:

1. Anzeigepflicht.

Kartoffelerzeuger, die Kartoffeln (Speisekartoffeln und
Saatkartoffeln) eingemietet haben, sind verpflichtet, die ein-
gemieteten Mengen unter genauer Angabe der Einmiete-
stelle (Distrikt, Gewann, Parzelle) und der Größe der Miete
bis spätestens zum 22. März d. J. dem Kommunalver-
band anzuzeigen. Auch die zusammen mit Futterrüben,
Dickwurz oder ähnlichen Erzeugnissen lagernden oder ein-
gemieteten Kartoffeln müssen gemeldet werden.

2. Deffnung und Entleerung.

Die Deffnung und Entleerung der Mieten ist nur mit
der Genehmigung des Kommunalverbandes gestattet. Die
Erlaubnis ist rechtzeitig einzuholen.

Auf Verlangen des Kommunalverbandes haben die
Besitzer die Mieten innerhalb einer angemessenen Frist zu
öffnen und zu räumen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und für die zahlreichen Kranz- und Blumenspenden bei dem herben Verluste meiner lieben Frau sage ich auf diesem Wege Allen, insbesondere jedoch der Schwester Frieda (Schwester des evangl. Schwesternhauses) welche meine Frau unter Aufopferung ihrer eigenen Person pflegte, sowie dem Herrn Pfarrer Cunz für seine so herzlich gemeinten, tröstenden Worte am Grabe meiner Frau, meinen innigsten Dank.

Schierstein, den 15. März 1920.

Paul Kalusche.

Tüchtiges Mädchen

per sofort od. 1. April geg.
Biebricherstr. 18.

Wer ert. Ztl. abends
franz. Unterricht?
Ang. mit Preisang. unter
R. K. an die Geschäftsstelle.

Suche zum 1. April ein
junges

Mädchen

zur Hausarbeit.
Bäckerei Baum, Seilstraße.

Alleinmädchen

selbständig im Kochen, in
kleinen Privat-Haushalt sofort
gesucht. Lohn 80 Mk.

Biebrich a. Rh.,
Rheingaustraße 17, pt.
Vorzuftellen nur vormittags
oder schriftlich.

Futter = Kalk

für Schweine, Ziegen,
Lauden, Hühner,
Pfund 75 Pfg.

empfeht
Drogerie
Nicolaus Schollmaner,
Mainz, Augustinerstraße 39.

Damentiefel

hochschäft., Herren-Stiefel, Kinder-
stiefel in allen Gr. und Preisl.
Frauen- und Mädchen-Stiefel und Halb-
stiefel. Arbeits-schuhe für Män-
ner preiswert bei Schuster,
Wiesbaden, Bleichstraße 1, B.,
Eingang Hof, Straßenbahn-Depot.

Zur Confirmation

ist ein

schönes Bild

das **praktischste Geschenk**
und **bleibende Erinnerung**
für alle Zeit.

Zu tadelloser Anfertigung empfiehlt sich

Fritz Stritter

Biebrich. Rathausstr. 94.

TRAURINGE

Dukatengold 900 gestempelt
18 kar. Gold 750
14 kar. Gold 585

8 kar. Gold 333 gest. von 50,00 an

Enorme Auswahl stets am Lager

BOK Wiesbaden gegenüber
Kirchgasse 70. Mauritiusplatz

Gesellschaft „Lohengrin“.

Mittwoch, den 17. Febr., abends 7½ Uhr,
findet im Vereinslokal bei Mitglied W. Arnold eine

außerordentl. Versammlung

statt, wozu die Mitglieder dringend ersucht werden,
pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Der Vorstand.

Zur Lieferung von Sekt-, Mosel-, Rheinwein-,
Cognak-, Burgunder- und Bordo-Flaschen

empfeht sich

A. M. W. Blumers,

Mainz, Erthalstraße 8.

Berfer

Wiesbaden,

Friedrichstraße 55,

und Teppiche jegl. Art
Kellern, Silber, Bronze
und Kunstgegenstände.
Möbel, Altertümer, Gold
und Silber-Münzen tauf
zu höchsten Preisen.

E. Klapper,
Telefon 1627.

Rundgebung des Oberpräsidenten Dr. Schwan der Treue der verfassungsmäßigen Regierung. Bekanntmachung!

Die Reichsregierung ist, um in Berlin Blutvergießen zu vermeiden, nach Dresden gegangen, wo sie sich im Schutze der ergebenen Truppen des Generals Märcker befindet. Sie ist wie vor die allein rechtmäßige Regierung.

Die Nationalversammlung ist von ihrem Präsidenten Fehrenbach auf Mittwoch nach Stuttgart einberufen. Die württembergische Regierung übernimmt die volle Verantwortung für eine sichere Tagung der Nationalversammlung und hat ihren Generälen und Truppen die Versicherung ihrer Entgegengenommen.

Alle Landesregierungen außer der in Berlin überrumpelten preussischen Regierung, haben sich hinter die Reichsregierung gestellt und sie ihrer Treue versichert.

In der schwersten Zeit, die über Deutschland hereindroht, die uns zwingt, das Neueste zu tun, um der Valuta- und Nahrungsforgen Herr zu werden, war Besinnung und Ueberlegung nicht stark genug, in Berlin einen Staatsstreich zu wagen, der bei der innen- und außenpolitischen Lage, in der wir uns befinden, eine ungeheure Gefahr für Reich und Volk ist. Es ist für uns alle, so verschieden wir in unserer staatspolitischen Meinung auch sein mögen, Pflicht, diesem verderblich drohenden Unternehmen entgegenzutreten und uns einmütig hinter die verfassungsmäßig eingesetzte Regierung zu stellen.

Hinter dem Putsch in Berlin steht kein ernster Politiker oder Staatsmann. Graf von Posadowsky hat ausdrücklich die Teilnahme abgelehnt. Der Abgeordnete Staatsminister a. D. Heinze hat sich in Dresden der Reichsregierung zur Verfügung gestellt.

Die Behörden werden die Ordnung innerhalb der Provinz unter allen Umständen sichern. An die Bevölkerung richte ich die Bitte, volle Ruhe zu wahren, unser Wirtschaftsleben anrecht zu erhalten und die Behörden zu unterstützen. Anordnungen der Staatsstreichler in Berlin sind nicht zu befolgen, ihre Maßnahmen, Zahlungsanweisungen und dergleichen sind ungültig und unverbindlich.

Um Mißverständungen entgegenzutreten, hebe ich noch besonders hervor, daß der militärische Inhaber der vollziehenden Gewalt auf dem Boden der Reichsverfassung und hinter der verfassungsmäßigen Reichsregierung steht.

Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau
Dr. Schwan der, Kassel.

Tüchtige

Maschinenschlosser

gesucht.

Rheinische Maschinenfabrik

Niederrad a. Rhein

F. Hartmann & Bender.

Kaufe Altmaterial

Lumpen, gestrich. Wollumpen, Papier zum Einstampfen
und Zeitungen, Metall ges. Höchstpr.

J. Gauer, Wiesbaden, Helenenstr. 18.
Telefon 1832

Gold

In jeder Form und Menge
auch
Zähne **kauft**

Juwelen
Uhren

Platin

für hohen
Preis!

Bok

Wiesbaden -
Kirchgasse 70

Silber

Bei der Gemeinde sind

2 Stellen für Polizeiwachtmeister

für den Tag- und Nachdienst zu besetzen.
Bewerber müssen vollkommen gesund sein und dieses
durch ein freisärztliches Attest nachweisen.

Größe nicht unter 1,65 Meter.

Die Anstellung erfolgt zunächst auf sechsmonatige Probe,
dann auf dreimonatige Kündigung. Die Stellen sind
pensionsberechtigt. Die Militärdienstzeit wird vom Beginn
des 18. Lebensjahres an bei der Pensionierung angerechnet.
Militärwärter und solche die bereits Erfahrung im
Polizeidienst besitzen, werden bevorzugt.

Gesuche mit Lebenslauf und Zeugnissen sind bis spätestens
1. April ds. Js. unter Angabe der Gehaltsansprüche bei
dem Unterzeichneten anzukommen, wobei bemerkt wird, daß
Regelung der Gehaltsverhältnisse nach staatlichen Sätzen in
Anbetracht genommen ist.

Als verloren ist gemeldet:

Ein Schlüssel.

Als entlaufen ist gemeldet:

Ein Hund

Näheres auf Zimmer 1 im Rathause.

Schierstein, den 16. März 1920.

Der com. Bürgermeister: Kessels.